



Vorwort

Nachdem wir im Sommer 2018 an die Hallerstraße übersiedelt sind, war 2019 das erste komplette Jahr in der neuen Beratungsstelle – ein „Referenzjahr“ in welchen wir noch mehr auf Kosten und Ausgaben achten mussten als bisher.

Es gelang, das Jahr 2019 finanziell ausgeglichen abzuschließen. Wir sind sehr sorgsam mit unseren bescheidenen Mitteln umgegangen und mussten keine dauerhaften Stundenkürzungen beim Beratungspersonal vornehmen. Stabile Finanzen sind außerordentlich wichtig für eine solide Arbeit.

2019 waren die Beratungszahlen konstant hoch mit einer geringfügigen Steigerung. Die Mitarbeiterinnen der Familienberatungsstelle gewährleisteten derzeit mit ihren 60 Wochenstunden eine qualitätvolle Arbeit. Durch die Übersiedelung nach Innsbruck kamen noch mehr Leute aus den Bezirken Innsbruck und Innsbruck-Land zu uns. Für Werbung bzw. „Bekanntmachung unserer Leistungen“ in anderen Bezirken haben wir nach wie vor leider keine Mittel zur Verfügung. Eine Steigerung an Beratungen kann nur bewältigt werden, wenn sie mit einer Stundenaufstockung der Mitarbeiterinnen einhergeht.

Wir blicken auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück, in dem wir wieder sehr viele individuelle Problemlösungen für Menschen mit Behinderungen erreichen konnten. Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln haben wir allerdingst eine Beratungsobergrenze erreicht. Wir wollen und werden aber auch weiterhin die Familien gut beraten und aktiv ihre Anliegen vertreten. Die dafür benötigten Mittel werden wir weiterhin einfordern.

Konkrete Zahlen finden Sie im nachfolgenden Bericht.

Obmann Integration Tirol





Familien- und Inklusionsberatung

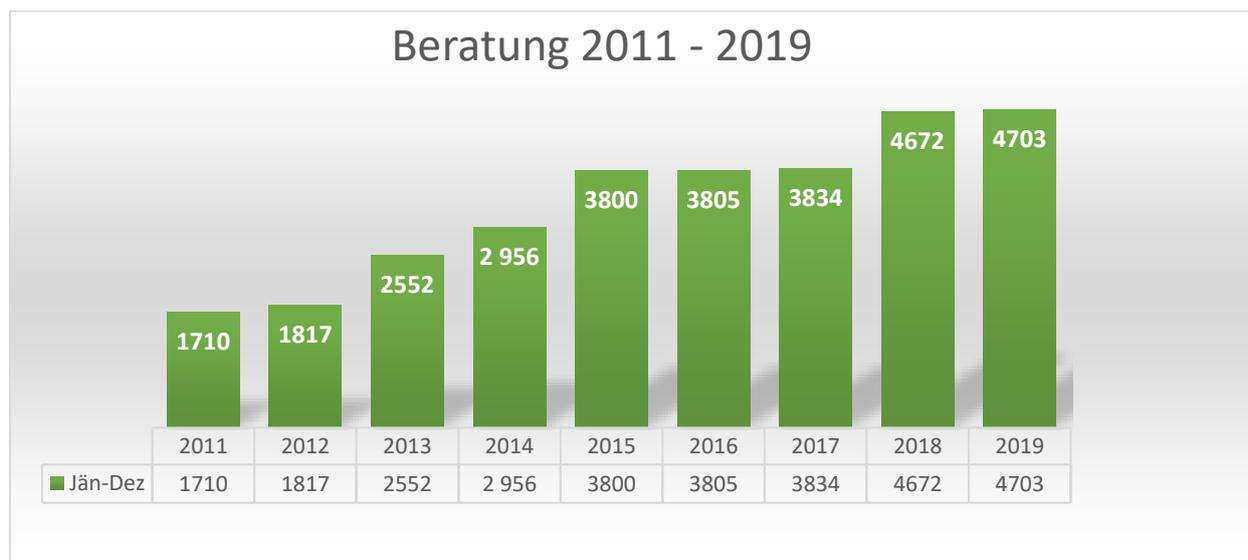
Beratungsfrequenz 2019

Die Familienberatungsstelle hat sich sehr erfolgreich im bestehenden Tiroler UnterstützerInnensystem etabliert und ist aus der Tiroler Soziallandschaft nicht mehr wegzudenken.

So können wir auch 2019 auf eine Steigerung der Beratungszahlen verweisen, wir haben exakt 4.703 Beratungen durchgeführt.

Beworben wird die Familienberatungsstelle fast ausschließlich über persönliche Erfahrungen, weil Familien und Betroffene durch unsere Beratung spürbare Entlastungen erleben, dies brachte eine Mama vor kurzem mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Es ist immer wie Weihnachten, wenn ich von euch weggehe, so reich beschenkt fühle ich mich“.

Diese Erfahrungen geben Familien gerne an andere Familien weiter.





Beratungsinhalte 2019

Die Bandbreite unserer Beratungsthemen hat sich in den letzten Jahren sukzessive ausgeweitet. Wir sind schon lange nicht mehr nur die Anlaufstelle für Eltern zum Thema Schule und Inklusion, sondern die Beratungsanfragen umfassen in der Zwischenzeit jede Behinderungsart, jedes Alter und alle Lebensstation von Menschen mit Behinderung und deren Familien.

An erster Stelle der ratsuchenden Familien standen wie bereits im Vorjahr alle Fragen zu den Themen **familienunterstützende Angebote** (25,16 %). Den größten Teil nahmen hier Beratungen zum Thema **Pflegegeld** (7,97%) ein.

Unsere Erfahrungen zeigten auch im Jahr 2019, dass Erstbegutachtungen oft nicht den gesetzlichen Einstufungen entsprechen und Eltern das Verhalten der GutachterInnen während der Begutachtung stark kritisieren: Diese nehmen sich oft wenig Zeit, hätten keine Vorinformationen, seien schlecht bis gar nicht vorbereitet und darüber hinaus oft menschlich herablassend, außerdem fehle es an fachlicher Kompetenz - besonders bei der Diagnose Autismus.

Seit vielen Jahren arbeiten wir in der Pflegegeldberatung erfolgreich mit einem Anwalt zusammen, der die Familien, nach einer ausführlichen Beratung in unserer Beratungsstelle, bei einer möglichen Klage vor Gericht vertritt. Hier können wir auch für 2019 auf sehr erfolgreiche Pflegegelderhöhungen verweisen.

Ein „Dauerbrenner-Thema“ bei den **familienunterstützenden Angeboten** ist das geringe Stundenausmaß, das hier den Familien zur Verfügung gestellt wird. Laut Leistungskatalog der Tiroler Behindertenhilfe werden maximal 376 Stunden (Familientlastung, Freizeitassistenz) pro Jahr gewährt und das auch nur bei Erfüllung gewisser Kriterien (AlleinerzieherIn und Berufstätigkeit), ansonsten werden weniger Stunden bewilligt. Rechnet man diese Stunden auf das ganze Jahr um, so kommt man im besten Fall auf 1 Stunde pro Tag an Unterstützung, was von den Familien in keinsten Weise als Entlastung empfunden wird und zudem auch nicht praktikabel ist.

Wenn man bedenkt, dass das Angebot der inklusiven, schulischen Nachmittagsbetreuung außerhalb der Ballungszentren oft noch nicht einmal installiert wurde, so obliegt die Nachmittagsbetreuung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen fast zur Gänze den Eltern und hier vorwiegend den Müttern. Eine Situation, die höchst problematisch zu sehen ist und zu Fragen bei den Eltern führt. Wie kann bei 1 Stunde Unterstützung pro Tag ein ganz natürlicher Loslösungsprozess von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen angebahnt werden und stattfinden? Wie können Eltern hier den Bedürfnissen von Geschwisterkindern gerecht werden? Wie ist es möglich, dass Eltern unter dieser Dauerbelastung gesund bleiben und auch ein Familiensystem nicht an seine Grenzen stößt?

Um wirkliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderungen zu gewährleisten und zu fördern, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert ist, bedarf es einem Unterstützungsausmaß, das sich an der Lebensrealität und dem realen



Bedarf von Familien orientiert. Bei einem Zu wenig an Unterstützung hat jede Inklusion ein Ablaufdatum und endet in der Sackgasse der Sondereinrichtungen. Die Not der Eltern aufgrund dieser Problematik, wird von uns wiederkehrend geschildert und als Lösung die Persönliche Assistenz für Kinder und Jugendliche gefordert – bisher leider ohne Erfolg.

Leider ist es so, dass auch 12 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention den Nöten, Belastungen und Wünschen nach weitestgehender Normalität von Familien mit Kindern, Jugendlichen und erwachsenen Menschen mit Behinderungen nicht entsprochen wird. Wir werden bei Behörden und Politik weiter fordern, das Angebot der Familien-Unterstützung auszubauen und den Bedarfen der einzelnen Familien anzupassen. Nur das macht Sinn, nur so lässt sich Inklusion wirklich leben und weiterentwickeln.

Eine geringfügige Steigerung der Beratungszahlen gab es im Bereich **sonstige finanzielle Förderungen**, wie z.B. **erhöhte Familienbeihilfe (6,36%)**. Hier stellen wir allen Familien umfassende Informationen über Förder- bzw. Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, unterstützen bei Problemen mit Bewilligungen und beraten Familien in ihrer individuellen Lebenswegplanung für ein inklusives Leben.

Unsere Beratungsgespräche zeigten auch, dass vielen Familien nicht alle (finanziellen) Unterstützungsleistungen bekannt sind, daher gehört für uns zu einem guten Beratungsgespräch ein Informationsüberblick über Unterstützungsleistungen. Sich neben der Belastung in der Begleitung und Pflege ihres Kindes einen solchen Überblick zu verschaffen, ist für Familien sowohl zeitlich als auch aufgrund der Vielzahl an verschiedenen Leistungsträgern ein riesiger Aufwand, der von den meisten Familien nicht leistbar ist.

So haben Familien oft über Jahre verabsäumt, die ihnen zustehenden Leistungen zu beantragen, z.B. **Selbstversicherung in der Pensionsversicherung** oder **Zuwendungen zur Unterstützung pflegender Angehöriger**. Um dies zukünftig zu verhindern, geben wir in den Beratungen einen generellen Überblick über Unterstützungsleistungen.

Auf erfreuliche Entwicklungen können wir bei der personellen Auswahl der GutachterInnen für erhöhte Familienbeihilfe verweisen. GutachterInnen, die seit vielen Jahren mit großer Kritik konfrontiert sind (nehmen sich keine Zeit, herablassende und herabwürdigende Aussagen) wurden in letzter Zeit nicht mehr so häufig mit der Begutachtung beauftragt, stattdessen sind neue GutachterInnen hinzugekommen, die von den Eltern als korrekt, unterstützend und wertschätzend beschrieben werden.

20,24% der Beratungen umfassten den Bereich **Integration allgemein, Rahmenbedingungen und insbesondere Barrierefreiheit**. Die Wohnsituation für Menschen mit Behinderungen ist in Tirol sehr problematisch. Eine barrierefreie Wohnung zu finden, ist sehr schwierig, gepaart z.B. mit dem Merkmal Migrationshintergrund fast unmöglich. Trotzdem können wir auch hier 2019 auf Erfolgsmeldungen verweisen. Das Thema Loslösung und Wohnmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen ist ebenfalls ein sehr häufiges Thema in unseren Beratungen. Es braucht dringend neue Wohnkonzepte für Jugendliche, die individuelle Unterstützungsmöglichkeiten aber auch Weiterentwicklung erlauben.



Die Suche nach einer passenden Wohnform wird hier immer wieder als eine jahrelange Odyssee beschrieben. Eltern erzählen uns immer wieder davon, dass sie sich wohnortnahe Wohnkonzepte wünschen, damit sie auch mit zunehmendem Alter den Kontakt zu ihren Söhnen und Töchtern aufrechterhalten können.

Schulberatung (18,14%), ist seit vielen Jahr ein wichtiger Bestandteil unserer Familienberatungsstelle. Die Beratungen dazu haben in den letzten Jahren prozentuell etwas abgenommen, allerdings begleitet uns das Thema Schule in Form von Vernetzungstätigkeiten mit Schulbehörde und politisch Verantwortlichen weiterhin sehr intensiv.

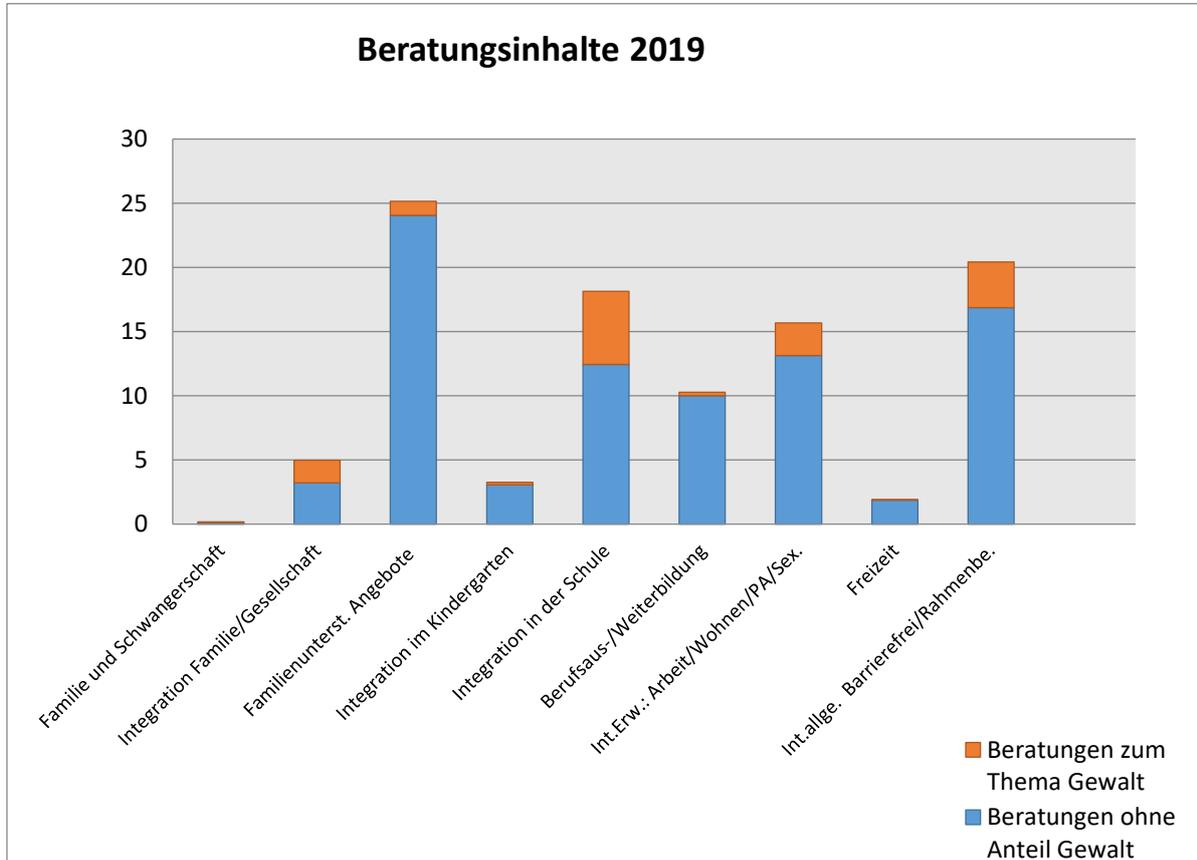
Seit vielen Jahren gibt es sehr engagierte LehrerInnen, Schulverantwortliche und BeraterInnen (FIDS) in diesem Bereich, die den Familien einen inklusiven Weg in der Schule ermöglicht haben. Die derzeitige Schulpolitik macht es diesen Personen, aber in der Umsetzung wieder sehr schwer. Es fehlt an Barrierefreiheit, an individuellen Lehrplänen, an personellen Ressourcen aber besonders an einer Willkommenskultur und Wertschätzung.

Man hat den Eindruck die Tiroler Bildungsdirektion sieht Schulinklusion als Einzelschicksal. Inklusion wird an den Schulen nicht selbstverständlich umgesetzt, sondern als Ausnahmesituation gesehen, die von den Familien zu erkämpfen ist. Entsprechend gering ist das Standing und das Renommee für SchülerInnen mit Behinderung und InklusionslehrerInnen. Hinzu kommt, dass das bis dato fachlich kompetente und für die Inklusion verantwortliche Personal zu rein beratenden Stellen umfunktioniert wurden und keine Entscheidungskompetenz haben. Die juridisch und pädagogisch verantwortlichen Personen sind aber leider nicht gewillt, hier aktiv zu werden. Es gibt Versprechungen, viele Beschwichtigungen aber keine konkreten Schritte und Maßnahmen, um die Integration in den Schulen zu verbessern. Das fehlende Engagement von Seiten der Bildungsdirektion bekommen die Familien bereits stark zu spüren. Schulen nehmen sich inzwischen wieder das Recht heraus, Integrationskinder an der Wohnortschule abzulehnen und wenn Inklusion stattfindet, findet sie sehr oft separiert in extra dafür vorgesehen Räumen statt.

Erschütternd sind auch die Berichte von Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf und fehlender verbaler Sprache. Im Schulalltag scheint hier die Kompetenzvermittlung im Bereich Kommunikation meist völlig zu fehlen. Wenn bedacht wird, dass Kommunikation ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen darstellt, dann ist diese Haltung dem Thema Kommunikation gegenüber mehr als fragwürdig. Sind Kinder und Jugendliche, aus unterschiedlichen Gründen, nicht in der Lage technische Hilfsmittel zur Kommunikation zu nutzen, dann bleibt ihnen meist der Zugang zur Kommunikation verwehrt. Ein kontinuierlicher Aufbau der basalen Kommunikation findet nur in seltenen Fällen statt, obwohl dieses Thema ganz eindeutig in den Zuständigkeitsbereich der Bildungseinrichtungen gehört. Familien werden mit dieser Thematik meist allein gelassen und sind damit überfordert. Für Kinder und Jugendliche bedeutet dieses fehlende Bildungsangebot eine große Einschränkung auf ihrem weiteren Lebensweg und verhindert auch oft die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.



Der schulische Beratungsschwerpunkt lag 2019 auf dem **Thema Gewalt und Mobbing (5,70%)**, das spricht leider auch für sich.



Beratungen zum Thema **Integration im Jugend- und Erwachsenenalter (15,67%)** sind 2019 stark angestiegen. Selbständiges Wohnen und Persönliche Assistenz umfassten hier die meisten Anfragen, es wurde aber auch zu den Themen Loslösung, Erwachsenenschutz, Erbschaftsangelegenheiten und Sexualität beraten.

Berufs- und Weiterbildungsanfragen nehmen einen immer größeren Raum in unseren Beratungen ein (**10,27%**). Die Nahtstelle Schule/Beruf steht hier im Mittelpunkt: Was mache ich nach der Schule? Welche Fähigkeiten habe ich? Welche beruflichen Möglichkeiten gibt es für mich? Wer unterstützt mich in meiner beruflichen Karriere? Das Jugendcoaching hat den Beratungsauftrag für SchülerInnen mit Behinderungen an den Schulen. Leider zieht sich das Fehlen einer inklusiven Grundhaltung auch bei den Jugendcoachs oft durch bzw. fehlt es an Phantasie und an Mut sich inklusive Wege vorstellen zu können und daher werden Menschen mit Behinderungen sehr oft nur die Sondereinrichtungen als beruflicher Weg vorgeschlagen.

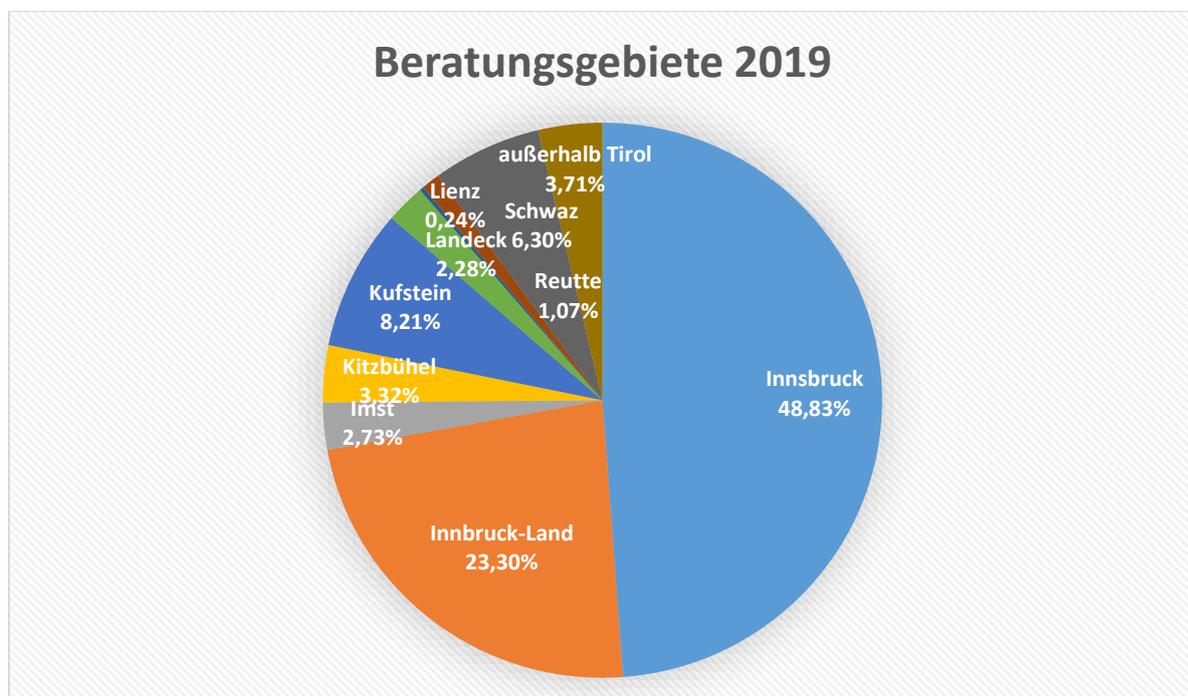


Viel Kritik von Seiten der Eltern gibt es auch an den Berufsorientierungsprojekten. Der Auftrag Jugendliche für den 1. Arbeitsmarkt vorzubereiten wird nicht immer gut umgesetzt. Oft ist die Arbeit innerhalb des Projektes wesentlich wichtiger als die Organisation von Praktika am 1. Arbeitsmarkt. Eltern berichten von Situationen, dass Jugendliche bis zu 5 Jahren in der Einrichtung waren und vielleicht 2 -3 Praktika am 1. Arbeitsmarkt absolvieren konnten.

Die Eltern hören oft, dass ihre Jugendlichen noch nicht reif für den 1. Arbeitsmarkt sind. Die inzwischen jungen Frauen und Männer werden in der Folge dann häufig in andere Projekte zur Berufsorientierung und -vorbereitung weitervermittelt. Oft gelingt der Einstieg ins Berufsleben nur durch viel Engagement und Hartnäckigkeit der Eltern. Hier sehen wir viel Entwicklungspotential.

Beratungsgebiete 2019

Die Beratungen in Innsbruck und Innsbruck Land sind gegenüber dem Vorjahr fast um 10 % Punkte gestiegen. 2019 waren 71,81 % der Beratungen aus Innsbruck oder Innsbruck-Land. Dies bestätigt nochmals wie sehr sich unsere Beratungsstelle am neuen Standort etabliert hat.





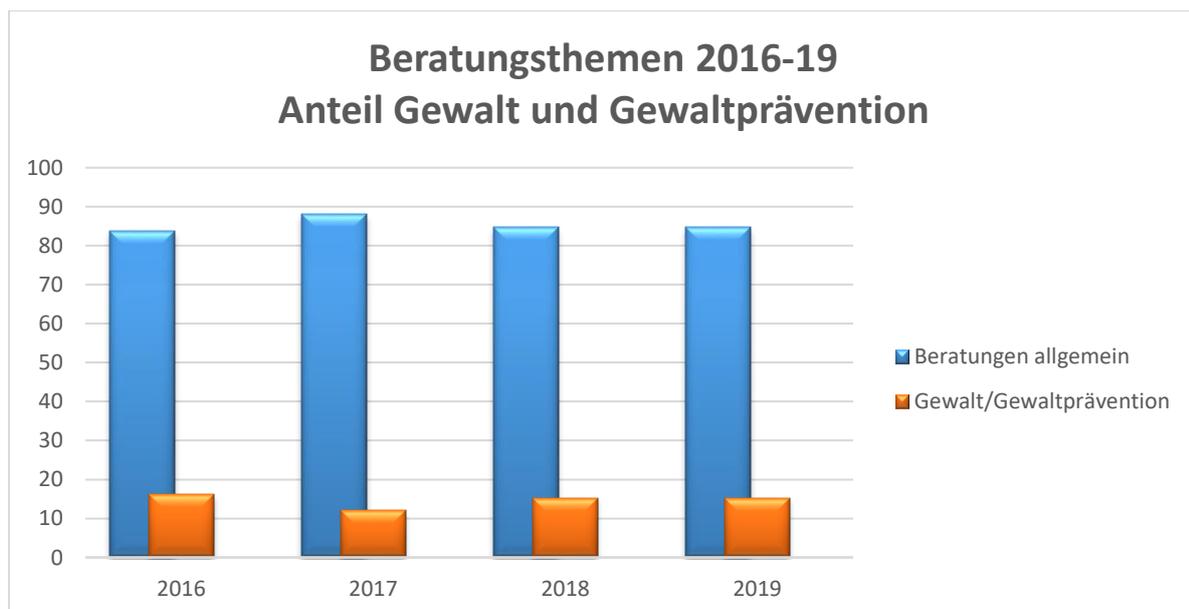
Projekt: Keine Gewalt an Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Seit einigen Jahren arbeiten wir mit dem Beratungsschwerpunkt „**Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und deren Familien**“. Menschen mit Behinderungen sind 3-4mal häufiger von Gewalt betroffen als Menschen ohne Behinderungen. Uns ist es ein Anliegen gezielt zu diesem Thema zu sensibilisieren und zu beraten.

2016 starteten wir mit diesem inhaltlichen Schwerpunkt. 2017 stand das Thema Mobbing im Mittelpunkt. 2018 richteten wir unsere Arbeit thematisch auf die Novelle des Heimaufenthalts-Gesetzes aus und 2019 stellten wir „**Alltägliche und persönliche Mobbing Erfahrungen und Diskriminierungen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung**“ in den Mittelpunkt unserer Arbeit und vernetzten uns, mit den für uns relevanten Einrichtungen, zu diesem Thema: Dem Tiroler Sozialministerium Service, dem Tiroler Behindertenanwalt, dem Vertretungsnetz, der Tiroler Behindertenhilfe und der Servicestelle Anti-Diskriminierung und Gleichbehandlung.

In vier Newsletter sensibilisierten wir zum Thema Diskriminierung und Belästigung von Menschen mit Behinderung, wir informierten über die Handlungsmöglichkeiten bei persönlicher Diskriminierung, erläuterten die gesetzlichen Grundlagen und verwiesen auf eine Initiative, die ein diskriminierungsfreies Bildungssystem zum Ziel hat. Wie unsere Rückmeldungen zeigen, sind diese von Frau Mag.^a Petra Flieger erstellten Newsletter für viele BezieherInnen in der Zwischenzeit zu einer wichtigen, nicht mehr wegzudenkenden Informationsquelle zum Thema Gewalt- und Gewaltprävention geworden.

Unsere **Beratungsstelle** steht den Familien mit deren behinderten Angehörigen **jeweils dienstags von 9 – 13 Uhr zum Thema Gewalt-, Gewaltprävention, Diskriminierung und Mobbing** zur Verfügung. Im Jahr 2019 umfasste der Anteil der Beratungen zum Thema Gewalt 15,22 % der Gesamtberatungen, ähnlich der Zahl aus dem Jahr 2018 (15,28%).





2019 gab es die meisten Beratungen zum Thema Gewalt und Gewaltprävention in der Schule (5,7%).

Hier ist immer noch wenig Bewusstsein für das Thema Gewalt und Gewaltprävention vorhanden. Vieles versucht man eher unter den Tisch zu kehren und nicht offensiv zu bearbeiten. Neben Verfehlungen durch LehrerInnen (Kinder anschreien, ihnen Angst machen, sie in die Ecke drängen...), berichten Eltern und SchülerInnen von Hänseleien, Demütigungen aber auch von körperlichen Attacken durch MitschülerInnen.



Elternvernetzung und Elternaustausch

Seit dem Jahr 2018 bieten wir unsere Eltern-Austausch- und Vernetzungstreffen in Form eines Eltern-Frühstücks an. Jeden ersten Montag im Monat geben wir betroffenen Eltern und Interessierten, in ungezwungener Atmosphäre, die Möglichkeit des Austausches und der Vernetzung.

Neben den angekündigten Schwerpunktthemen bleibt bei den Treffen ausreichend Zeit für die persönlichen Erfahrungen der Eltern. Die Treffen wurden auch 2019 von den Eltern sehr gerne angenommen und die Rückmeldungen sind sehr positiv. Wir werden die Treffen daher in dieser Form auch im Jahr 2020 beibehalten.



Ein kurzer Ausblick auf das Jahr 2020:

Die knappe Personalsituation zwingt uns auch heuer die Administration zu straffen. Gegen Ende des Jahres finden die Neuwahlen des Vorstandes in der Jahreshauptversammlung statt.

Im Rahmen des Gewaltprojekts ist für Herbst wieder eine Veranstaltung in Planung. Die laufenden Beratungen ergeben immer wieder neue (bzw. auch alte) Erkenntnisse über Missstände im Umgang mit Menschen mit Behinderungen und bei der Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention. Die daraus entstehenden Aufträge der Familien tragen wir auch 2020 gerne weiter und sprechen sie bei den zuständigen Stellen aktiv an.

Ein Dauerthema wird wohl der eklatante Mangel an Freizeitassistenz, an Familienentlastung bleiben. Wir sind leider weit davon entfernt, von bedarfsorientierten Assistenzleistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sprechen zu können. Die qualitativen Mängel bei Schulübergängen, aber auch in der Berufsvorbereitung werden uns auch weiterhin beschäftigen.

Unser monatliches Elternfrühstück am ersten Montag des Monats in der Beratungsstelle möchten wir auch 2020 fortführen – das hat sich sehr bewährt...

DANKE an unsere Fördergeber!



INNS' BRUCK

 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

